

Mitspracherecht für Mieter

Der Berner Stadtrat rügt den Gemeinderat in Sachen Wohnbaupolitik. Die Stadt muss bei der Zwischennutzung von Wohnraum behilflich sein. Bei Sanierungsprojekten sollen Mieter mitbestimmen können. Die Linke setzte sich gestern Abend im Stadtparlament durch.

Lediglich 63 von über 72000 Wohnungen standen in der Stadt Bern länger als drei Monate leer: Dies ergab eine Leerstandsanalyse, die der Gemeinderat 2005 im Auftrag des Stadtrats durchgeführt hatte. Für die Linke Grund genug für ein Zwischennutzungskonzept: Private Hausbesitzer sollen zum Abschluss von Nutzungsverträgen motiviert und unterstützt werden. Zudem soll die Liegenschaftsverwaltung eine Anlaufstelle für die Vermittlung leer stehender Wohnungen anbieten. Der Gemeinderat wollte diese vom Stadtrat bereits 2003 beschlossenen Aufträge nicht ausführen, da der Aufwand in keinem Verhältnis zum Nutzen stehe. Er beantragte Abschreibung.

Mit 41 gegen 20 Stimmen beharrte der Stadtrat gestern Abend jedoch darauf. Die «Verweigerungshaltung» des Gemeinderats sei fehl am Platz, rügte SP-Sprecherin **Corinne Mathieu**. Zwischennutzungen seien sinnvoll und verhinderten illegale Besetzungen, doppelte Erik Mozsa (gfl) nach. Mozsa hatte den Vorstoss 2003 noch als JA-Mitglied mitunterzeichnet.

Bürgerliche: «Aufwand zu gross»

Unterstützung erhielt der Gemeinderat indes von den Bürgerlichen: Die Zwischennutzung diene vor allem Randgruppen und untergrabe die Eigentumsrechte, sagte Ernst Stauffer (arp). Der Streit ums «Paradisli» biete besten Anschauungsunterricht. FDP-Ko-Fraktionschefin Dolores Dana ging mit dem Gemeinderat einig, bei lediglich 63 Objekten, die überhaupt in Frage kämen, sei der Aufwand zu gross. Es sei nicht Sache des Staats, eine Anlaufstelle zu betreiben.

Der Gemeinderat muss nun innert Jahresfrist ein Konzept vorlegen. Zur Diskussion stand gestern auch das städtische Reglement über die Boden- und Wohnbaupolitik. Eine Teilrevision dränge sich zwar im Moment nicht auf, zeigten sich Stadtrat und Gemeinderat einig. Dennoch muss der Gemeinderat gegen seinen Willen aufzeigen, wie er bei Verkäufen von Stadtliegenschaften mit Vorkaufsrechten für die Mieterschaft umgeht und der Mieterschaft bei Sanierungen Mitspracherechte gewährt. Gemeinderätin Barbara Hayoz (fdp) wehrte sich vergeblich dagegen: Vorkaufsrechte seien ein sensibles Thema und gehörten nicht in ein Reglement. Hayoz erachtet das Mittel der Richtlinie als geeignet im Umgang mit Vorkaufsrechten. Die Erfahrungen mit den bestehenden Mitsprachemodellen im Murifeld und in Ausserholligen würden vorerst noch ausgewertet.

SVP-Sprecher Peter Bernasconi warnte vor der Verankerung des Vorkaufsrechts: «Dies öffnet der Vetternwirtschaft Tür und Tor.» Mit 33 gegen 31 Stimmen lehnte der Stadtrat die Abschreibung der Motion ab. (dv)